

II-12225 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5908/A

1994 -01- 19

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Anschöber, Petrovic, Freunde & Freundinnen

an den Innenminister

betreffend Spitzelskandal in Fremdenpolizei und Stapo

Es ist kein Geheimnis, daß Wien nicht nur in der Vergangenheit Metropole der internationalen Geheimdienste war, sondern auch weiterhin ist. Zwar hat sich der Arbeitsschwerpunkt von der politischen Spionage teilweise in Richtung wirtschaftlicher und industrieller Spionage verlegt, die Gesamtsituation hat sich wenig verändert.

Österreichs Innenministerium hat traditionell wenig Bemühungen zur Veränderungen dieser Situation unternommen, vielmehr haben sich Österreichs Behörden immer wieder mit den Interessen der Nachrichtendienste arrangiert. Die immer wieder vermutete und mehrfach belegte Durchsetzung der Staatspolizei mit mehreren Agenten von ausländischen Geheimdiensten mag dies mitverursacht haben.

Gerade in Sachen der ehemaligen DDR-Stasi ist bekannt, daß Stasi-Agenten bis in den Führungsbereich der Stapo gelangten, daß die Stasi vom Gebiet der damaligen CSSR die Telefone von zumindest 300 Personen aus Österreichs Wirtschaft und Politik ständig überwachte, daß österreichische Waffenfirmen immer wieder mit der Stasi beim Abschluß teilweise illegaler Waffengeschäfte kooperierten, daß die Stasi seit dem Abschluß hochdotierter Geschäfte der Verstaatlichten mit der DDR ihre Spione auch in der Verstaatlichten hatte.

Seit dem Überlaufen des Stasi-Führungsoffiziers Stiller 1979, spätestens aber seit den Einvernahmen des HVA-Chefs Markus Wolf im September 1991,

zumindest aber seit den öffentlichen Beschuldigungen gegen Hochenbichler in den Medien Ende der Achziger Jahre und den ersten Enthüllungen der deutschen Stasi-Untersuchungsausschüsse ist dies hinreichend bekannt.

Doch Österreichs Innenministerium hat die Aufklärung und Bewältigung der Stasi-Vergangenheit genauso verschlafen wie aufkeimende Rechtstendenzen unter Teilen der Exekutive: Statt konkreten Beschwerden von Beamten gegen die zunehmende Rechts-Agitation nachzugehen und durch eine Gesamtreform der Exekutive dem Rechtspopulismus den Boden zu entziehen, wird verharmlost und beschwichtigt. Statt die Stasi-Aktivitäten in Österreich und diverse Kooperationen schonungslos aufzuklären, wurde bislang gemauert und beschönigt, wurde bis zum heutigen Tag keine ausreichende Kooperation mit den deutschen Ermittlungsbehörden gestartet, wurden nicht einmal von der Gauck-Behörde alle Österreich betreffenden Stasi-Akte angefordert. Den Grünen liegt ein Teil dieser Akten mittlerweile vor: sie belegen die oben angeführten Vorwürfe.

Der Fall Hochenbichler ist nur die Spitze des Eisberges, zeigt aber die Fahrlässigkeit des behördlichen Vorgehens. Hier trifft die Kritik auf vehemente Weise den Innenminister. Denn:

Hochenbichler wurde seit Ende der Achziger Jahre massiv der DDR-Spionage verdächtigt. Und Hans Rauscher schreibt unter der Überschrift "Die Enkelgeneration der alten Kämpfer wird aktiv" in einem Kommentar im "Kurier" vom 24. Dezember 1993, daß es zum Teil an "Altlasten" liege, daß die Polizei die rechtsextreme Szene in Österreich nicht im Griff habe: "Die historische Schwachstelle liegt im Bereich der alten Wiener Stapo, deren ehemaliger Chef Hofrat Gustav Hochenbichler aus seiner rechten Gesinnung intern nie ein Hehl machte. Er wurde dann, österreichische Lösung, zum Chef der Fremdenpolizei ernannt."

Wahrscheinlich ist dies der Höhepunkt der Ungeheuerlichkeit beim sich nun durch Behördenermittlungen und Zeugenaussagen konkretisierenden Spionageverdacht gegen Hochenbichler: Wörtlich meinte der Vorsitzende des Innenausschusses Elmecker gegenüber der APA: "Zu den Verdachtsmomenten gegen Hochenbichler erklärte Elmecker, daß diese der Hauptgrund dafür gewesen seien, warum Hochenbichler nicht mehr in der Abteilung 1 der Bundespolizeidirektion eingesetzt worden sei, und er auch nicht der Nachfolger des Leiters der Abteilung geworden sei.

Hochenbichler habe als Beschäftigter in der Abteilung 4 der Wiener Polizeidirektion keinerlei Beziehungen zum Staatsschutz gehabt, betonte

Elmecker. Löschnak habe diesbezüglich bereits vor zwei Jahren gehandelt." Hochbichler wurde also - so Elmecker - nach Hervortreten erster Verdachtsmomente von der Wiener Staatspolizei zur Fremdenpolizei transferiert. Ein möglicher Kollaborateur der nach wie existierenden, mit gleichem Personal besetzten Geheimdienste wurde zum Leiter jener Polizeistelle, die über die Existenz von Fremden - darunter auch RegimekritikerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie aus Ostblockstaaten - entscheidet.

Und weiter: 1981 wurde der damaliger Leiter der Fremdenpolizei wegen Spionage für den rumänischen Geheimdienst verhaftet und verurteilt. Von ihm wurden jahrelang Daten der Einvernahmen politischer Flüchtlinge an die Securitate weitergegeben und von dieser bei der Verfolgung der Familien und Gesinnungsfreunde der Geflohenen "verwendet".

Den unterzeichneten Abgeordneten liegen eine Serie von Hinweisen darüber vor, daß diese menschenverachtende Praxis auch in der jüngeren Vergangenheit realisiert wurde.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Innenminister folgende

ANFRAGE:

1. Seit wann liegen dem Innenministerium die ersten Verdachtsmomente im Fall Hochenbichler vor? Welche Hinweise langten wann ein? Wie wurde jeweils auf diese Hinweise reagiert und welche Konsequenzen wurden zu welchem Zeitpunkt gezogen?
2. Ist es richtig, daß der übergelaufene Stasi-Führungsoffizier Stiller schon 1979 davon berichtete, daß durchaus im Führungsbereich der österreichischen Staatspolizei mehrere Stasi-Spione verdeckt arbeiteten? Welche konkreten Informationen wurden darüber vorgelegt? Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?

3. Ist es richtig, daß der ehemalige HVA-Chef Markus Wolf im September 1991 bei seinen Einvernahmen durch die EBT Stillers Angaben bestätigte und konkretisierte und über umgedrehte Spezialisten informierte? Welche Informationen wurden konkret über die Tätigkeit der Stasi-Spitzel in Österreich vorgelegt? Welche konkreten Konsequenzen wurden daraus gezogen?
4. Wie wurde auf die massiven Stasi-Verdächtigungen gegen Hochenbichler in diversen Medienberichten Ende der Achtziger Jahre seitens des Innenminister reagiert, welche Untersuchungen wurden mit welchen konkreten Ergebnissen eingeleitet und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
5. Ist die Darstellung des Vorsitzenden des Innenausschusses, Elmecker, zutreffend, daß Hochenbichler nach Hervortreten erster Verdachtsmomente von der Wiener Staatspolizei zur Fremdenpolizei versetzt wurde? Wie rechtfertigen Sie die Ungeheuerlichkeit, einen wegen Spionageverdacht für die Stapo nicht mehr tragbaren Beamten zum Leiter der Fremdenpolizei zu machen und damit tausende Betroffene seiner Gesetzesauslegungen und seiner Diskretion beim Umgang mit den persönlichen Daten von politischen Flüchtlingen und ihren Familien auszusetzen?
6. Werden Verdachtsmomente über die Weitergabe von Daten politisch Verfolgter aus der Fremdenpolizei im Zuge der derzeitigen Erhebungen gegen Hochenbichler untersucht?
7. Ist es zutreffend - wie der "Kurier" schreibt -, daß Hochenbichler intern aus seiner rechten Gesinnung nie ein Hehl machte? Liegen dem Minister Informationen ähnlich jene des "profil" vor, das davon berichtet, daß Hochenbichler bekannt war dafür, daß er im privaten Kreis gerne Horst-Wessel-Lieder sang? Liegen über diese Aktivitäten Hochenbichlers Anzeigen vor?

9. Liegen dem Innenminister Informationen über andere Rechtstendenzen im Bereich der Exekutive vor? Welche Maßnahmen werden unternommen, um die zunehmenden rechtsextremen Aktivitäten wie etwa die vom "Standard" thematisierten der "Notwehrgemeinschaft der Sicherheitsbeamten" zu unterbinden?
10. Sind dem Minister im Bereich der heimischen Exekutive Disziplinarverfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten innerhalb der vergangenen zwei Jahre vor? Wenn ja, welche?
11. Liegen dem Minister Informationen darüber vor, daß Hochenbichler bei polizeilichen Aktivitäten gegen Neonazis bzw. Skinheads besondere Milde walten ließ? Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
12. Liegen dem Innenminister Informationen darüber vor, ob die Fremdenpolizei bereits in anderen Fällen mit in- oder ausländischen Nachrichtendiensten kooperierte und Daten politischer Flüchtlinge weitergegeben wurden?
Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
13. Plant der Minister eine Überprüfung dieser Vorwürfe und konkreter Verdachtsmomente bzw. welche Maßnahmen werden vorgesehen, um dies in Hinkunft zu verhindern?
14. Wurden seitens des Ministeriums die Österreich betreffenden Stasi-Akten der Gauck-Behörde angefordert? Wenn ja, wann welche? Wenn nein, warum nicht? Ist dies in allernächster Zeit geplant?
15. Wann wurden seitens des Ministeriums die Hochenbichler betreffenden Aktenteile der Gauck-Behörde angefordert?
16. Welche Ermittlungsschritte wurden seitens der EBT im vergangenen Jahr im Fall Hochenbichler gesetzt? Ist es richtig, daß es zu Problemen in der Kooperation mit den deutschen Behörden kam und die EBT selbständig in Deutschland recherchierte?

17. Liegen dem Ministerium konkrete Informationen über die Kooperation Hochenbichlers mit dem mutmaßlichen Waffenschieber Dieter H. vor, der derzeit in Budapest wegen Spionageverdacht inhaftiert ist? Wenn ja, welche?
18. Welche Ermittlungsergebnisse liegen dem Minister über die in Stasi-Protokollen belegten Kooperationen österreichischer Waffenfirmen wie etwa Hirtenberger im Waffengeschäft mit der Stasi vor? Sind die Ermittlungen abgeschlossen? Kam es zur Anforderung der entsprechenden Stasi-Akten und zu Verurteilungen?
19. Welche Informationen liegen dem Innenminister über die jahrelange Praxis der Stasi vor, vom Staatsgebiet der damaligen CSSR die Telefone von zumindest 300 Personen zu überwachen? Wann fand diese Praxis statt? Seit wann weiß das Innenministerium davon? Wurde die entsprechenden Protokolle angefordert und übermittelt?
20. Den Anfragestellten liegt ein Stasi-Protokoll für den Verkauf einer Humanzentrifuge der AMAG an die DDR vor. Mitte der Achziger hatte die Staatspolizei zu diesem Geschäft, das mit den Cocom-Bestimmungen nicht vereinbar war, ermittelt. Kam es in Zusammenhang mit der raschen Einstellung der Ermittlungen zu einer Weisung oder Interventionen des damaligen Innenministers? Kam es zu Interventionen seitens der Amag? Wenn ja, von wem?

In formeller Hinsicht wird gemäß § 93 Abs. 4 GOG die dringliche Behandlung dieser Anfrage noch vor Eingang in die Tagesordnung verlangt.